



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

16.04.1932 (Nr. 77)

LNZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domscheide 25878.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbo. Ausperrung usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Viertel RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengeluche RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.08. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Einzelpreis 15 Pfennig

Sonnabend, 16. April 1932 • Nummer 77

Heute:

„Der 18. Oktober“

Karten an der Abendkasse

Gegen die Bürgerkriegs-Armee Die Fälschung der Kaiserhofrechnung Hitlers gerichtlich festgestellt Der Weg für Tribute ist jetzt frei!

Ein vernichtendes Urteil

„Financial News“ über SA-Verbot und Tributenfrage.

London, 16. April. „Financial News“ beschäftigt sich mit dem Verbot der SA. und der Tributenfrage. Das Blatt schreibt u. a.: Sicherlich bedeutet die Auflösung der militärischen Organisation der NSDAP. ein weitgehendes Entgegenkommen, um den Weg zu einer Verständigung in London zu ebnen. Mit der Drohung eines Staatsstreiches über ihrem Haupte würde die Brüning-Regierung es nicht wagen, gewissen Zahlungen zuzustimmen. Da offensichtlich von der französischen Regierung die Unterzeichnung eines Abkommens über eine völlige Streichung der Reparationen nicht erwartet werden könne, so hätte die Tatsache, daß die Brüning-Regierung keinen noch so herabgesetzten Zahlungen zustimmen kann, zu einem Zusammenbruch der Verhandlungen geführt. Sehr enttäuscht muß die Feststellung, daß — soweit sich dies aus der Haltung der französischen Presse beurteilen läßt — die entgegenkommende Haltung der Reichsregierung keine Erweiterung von Seiten Tributes gefunden hat.

Plumpe Fälschung

Die Fälschung der Kaiserhofrechnung Hitlers gerichtlich festgestellt.

Berlin, 15. April. Die Lügenabwehrstelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: „Marxistische Zeitungen aller Schattierungen — auch die Bremer Volkszeitung — veröffentlichten in diesem Wahlkampf eine Photographie der angeblichen Rechnung des Kaiserhofs in Berlin, nach der Adolf Hitler für einen zehntägigen Aufenthalt 4048 RM. verauslagt haben soll. Diefem Wahlkampf wird jetzt ein Ende bereitet. Reichsanwalt Dr. Uegekronne hat nunmehr für Adolf Hitler eine gerichtliche Entscheidung des Amtsgerichts München herbeigeführt, durch die festgestellt ist, daß diese Rechnung eine plumpe Fälschung darstellt. Das Rechnungsförmular ist aus der Beschaffung des Kaiserhofs entnommen und darauf eine Phantasierechnung geschrieben worden.“

*

Berlin, 15. April. Die Lügenabwehrstelle der Reichsleitung der NSDAP. erklärt einen Aufruf, in dem die Nationalsozialisten und die Wähler Hitlers bei der Reichspräsidentenwahl auffordert, die jetzt in der Zeit des Kampfes wieder verstärkte Lügenpropaganda der Gegner entsprechend zu widerlegen. Die Schmähschriften der „ritterlichen“ Demokratie würden auch jetzt noch immer anonym oder „ohne Wissen der Herausgeber“ zu Hundertausenden verandt. Der Aufruf schließt mit einem Appell, den Marxismus am 24. 4. zu schlagen.

Die Bremer Volkspartei stimmt gegen das Verbot des Reichsbanners

In unserer heutigen Ausgabe veröffentlichen wir authentisches Material über die Bürgerkriegsvorbereitungen des Reichsbanners, Material, aus dem vor allem die Staats- und Kulturschädlichkeit dieser Organisation hervorgeht. Dabei handelt es sich keineswegs um Behauptungen unsererseits, sondern um Auszüge aus Urteilen und Dokumenten, die das Reichsbanner selbst der Öffentlichkeit übergeben hat. Damit ist aber zugleich festgestellt, daß dieses Material beim Verbot der SA. aus dem Reichskabinett bekannt gewesen ist. Trotzdem ist man zu der unerhörten, einseitigen Maßnahme des SA.-Verbots gekommen, dem wir in Bremen wie in Oldenburg durch Forderung des Reichsbannerverbots entgegengetreten sind.

Hätte man gestern die bremische Bevölkerung fragen können, wie sie sich zu dieser Frage stellt, so wäre mit überwältigender Mehrheit dieses Verbot erlassen oder das SA.-Verbot aufgehoben worden. So aber hatte die „bremische Volkspartei“ über die Dringlichkeit unseres Antrages zu entscheiden und diese setzte sich, wie schon so häufig, im Gegensatz zu den Willen ihrer Wähler und stimmte bis auf Dr. Gebert gegen die Dringlichkeit des Antrages. Damit stellt sich diese Partei hinter die Notverordnungspolitik des Zentrumskanzlers Brüning, stellt sich schuldig vor das SA.-Verbot — bei Herrn Professor Diez wundern uns das nicht — obwohl selbst die Schlämmenpresse erst wieder in den heutigen Ausgaben aus ihrer Entrüstung, wenn auch in vorsichtiger Form, kein Geht macht.

Wir sagen der bremischen Volkspartei, daß man nicht ungefragt die Grundlagen der Gerechtigkeit im Staate zerstört. Wir haben in den letzten Tagen bewiesen, welche mustergetreue Disziplin in den Reihen unserer SA. lebt; wir haben bewiesen, daß unsere Legalitätserklärungen sichhaltiger und glaubwürdiger sind, als alles Gerede der Sozialdemokratie über ihre staatsfeindliche Gesinnung. Darüber hinaus aber können wir heute von jedem politisch denkenden Bremer erwarten, daß er zu unterscheiden weiß zwischen Form und Inhalt, d. h. zwischen der formellen Staatsbejahung des Marxismus und seinem

tatsächlichen Zerstückungswillen

im Gegensatz zu der immer wieder bewiesenen heißen Vaterlandsliebe unserer SA. und SS.-Formationen.

Die Zeit ist vorbei, in der man gedankenlos den Unfinn nachschwafeln darf, die Nationalsozialisten seien staatsfeindlich. Die Nationalsozialisten sind schon heute die Träger und Bewahrer des deutschen Staates, gegen die Zentrum und Sozialdemokratie mit ihren dunklen Plänen und internationalen Zielen anrennen. Schon heute sind die Nationalsozialisten die alleinigen Garantien für den Wiederaufbau einer gesunden Wirtschaft und normaler Handelsbeziehungen. Schon heute bilden wir das einzige Mittium im Hauptkrieg der deutschen Volkswirtschaft. Unzählige Bremer Kaufleute haben jetzt, genau wie die bremische Arbeiterklasse, in rasch zunehmendem Maße erkannt, daß allein auf der Grundlage eines nationalsozialistischen Staates neue Arbeits- und Lebensmöglichkeiten geboten wird.

Wir bedauern, daß die bremische Volkspartei das noch immer nicht begriffen hat und aus einem falschen überkommenen Verantwortungsgelühl heraus sich hemmend der geschäftlichen Entwicklung entgegenstellt. Die hundertfache Voraussicht, die die Entwicklung unseres Stadt-Staates erst ermöglicht hat, scheint diesen Kreisen in erheblichem Maße verloren gegangen zu sein. — art.

Schreckenstage in Breslau

Scoring-Polizei droht Reichstagsabgeordneten Pg. Schönwälder mit Erschießen.

Breslau, 14. April.

Die Vorfälle, die sich in der Nacht zum Donnerstag und am Donnerstag in Breslau abspielten, stellen alles bisher Dagewesene weit in den Schatten. In den Straßen hörte man nur noch das dauernde Klingeln der Polizeiberufssirenen und der mit schwerbewaffneten Mannschaften besetzten Lastkraftwagen. Gummiknüppelattache folgt auf Gummiknüppelattache. In der Bevölkerung herrscht eine Erregung, die sich mit Worten gar nicht beschreiben läßt. Die Eingefälle alle aufzuzeichnen ist nicht

mehr möglich, da es sich um eine ununterbrochene Reihe schwerer Zusammenstöße handelt.

In der Nacht zum Donnerstag mußte in der Gangeschäftsstelle, Bischofsstraße 13, ein provisorisches Lazarett eingerichtet werden, in das

nach und nach über 20 Schwerverletzte Parteigenossen

eingeliefert wurden. Auch ein Kommunist besand sich darunter. Nationalsozialistische Ärzte warteten ihres nicht leichten Amtes. Auf

Matraken und schnell zusammengestellten Sofas lagen die Verletzten.

Mehrere von ihnen haben infolge der Gummiknüppelschläge Gehirnerschütterungen davongetragen.

Donnerstag vormittag wurden, ebenso wie in der Nacht zum Donnerstag auch Franken mit dem Gummiknüppel geschlagen.

Eine unglaubliche Szene spielte sich am Donnerstag mittag ab. Als Untergauleiter Reichstagsabgeordneter Pg. Schönwälder vom ersten Stockwerk der Gangeschäftsstelle aus einem Fenster den Gummiknüppelattachen der Polizei zusah, riefen Polizeibeamte zu ihm hinauf: „Fenster schließen, sonst wird geschossen.“ Als unter Parteigenossen darauf hinwies, daß er Reichstagsabgeordneter sei, und ein Recht habe, zuzusehen, was sich auf der Straße ereigne, rief der Beamte zurück, daß er diesen Einwand nicht gelten lassen könne, und forderte nochmals zur Schließung des Fensters auf. Gleichzeitig entsicherte ein Beamter seine Pistole und richtete sie gegen den Reichstagsabgeordneten Schönwälder. Nun erst schloß die der das Fenster. Dieser unglaubliche Vorfall rief unter der vielhundertköpfigen Menge, die immer mehr anwuchs, ungeheure Empörung hervor. Auch am Donnerstag wurde eine Reihe von Nationalsozialisten mit Gummiknüppeln schwer verletzt.

Ein Schlag gegen das nationale Deutschland

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände

haben zu dem Verbot der nationalsozialistischen SA. und SS. folgende Erklärung abgegeben: „Am Verbot der SA. erblicken wir die Unsicherheit des schwarz-roten Parteiensystems, die deutsche Freiheitsbewegung in den Dienst des Staates zu stellen, wie es von jeher als Pflicht nationalen Staatswillens galt. Das Verbot entbehrt jeden außerpolitischen Augenmaßes. Es muß als Verhöhnung vor der Genfer Abrüstungskonferenz empfunden werden. Seine Einseitigkeit untergräbt nicht nur das Vertrauen zur Gerechtigkeit, sondern liefert dem Staat den roten Reichsbanner aus, das seinen Lohn fordert. Das Verbot ist ein weiterer Schritt zur Unterdrückung aller nationalen Bestrebungen, die sich dadurch mitbetroffen fühlen.“

Die freiheitliebenden Deutschen aller Parteien fordern wir deshalb auf, auf legalem Wege ihre letzte Energie zur Wiedergewinnung eines freien nationalen Staates einzusetzen.

Das Präsidium der Vereinigten Vater-

ländischen Verbände Deutschlands,

agr. Graf v. d. Goltz.

Morgen Volksentscheid in Oldenburg

Nach einem unter härtesten Entbehrungen überstandenen Winter, dem das morose Staatsgefüge noch einmal glückhaft standgehalten hat, nach einem Winter, der dem deutschen Volk seine traurige Zukunft und seine politische Rechtlosigkeit in brutalster Deutlichkeit gezeigt hat, steht sich dieses gequälte und entrechtete Volk an, in den Wahlschlachten des Frühjahrs drohendes Unheil mit dem Stimmzettel zu wenden. Es gilt, ein System davonzugeben, das seit dreizehn Jahren Bedrückung, anstatt Freiheit und damit für fast jeden einzelnen Einschränkung, Not und Elend gebracht hat.

Die beiden Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl sind vorübergegangen, ohne daß das deutsche Volk die Möglichkeit ergriffen hätte, eine entscheidende Wendung zum Besseren herbeizuführen. Noch einmal hat das Gefühl der Mitterlichkeit und Verwirrung für die geschichtliche Gestalt Hindenburgs über die deutschen Lebensinteressen gelegt, hat die Illusionspolitik über den Tagelagerstump triumpht. Dennoch: Deutschland ist im Ernsten! Die entscheidenden Wahlen zu den Landtagen in Preußen, Bayern, Württemberg und Baden stehen vor der Tür. Das nationale Deutschland, trotz allen beherrschenden Drudes, hat Trist gefast und ist bereit, in den Endkampf um die Führung unseres Volkes einzutreten. Es sind die größten und einflussreichsten Landparlamente, die am 24. April neu gewählt werden. Von hier aus wird sich der Widerstand gegen die verfehlte Politik des Reiches bündeln.

Morgen, eine Woche vor den Landtagswahlen, fällt im norddeutschen Anliegerstaat Preußens, in Oldenburg, eine zweifelslos weniger wichtige, aber darum nicht unwichtige Entscheidung. Und zwar die, ob der oldenburgische Landtag, der nicht leben und nicht sterben kann, aufgelöst wird oder sein kümmerliches Dasein weiterführen soll. Der nationalsozialistische

Volksentscheid auf Landtagsauflösung steht zur Abstimmung.

Oldenburg ist vorwiegend Agrarland, in Oldenburg-Stadt, Delmenhorst und Nürtingen, der größeren Schwesterstadt Wilhelmshavens, ist Industrie zuhause. Der südliche Teil des Landes wird von katholischen Bewohnern, dort dominiert naturgemäß das Zentrum. Von den beiden oldenburgischen Enklaven liegt Eutin an der Ostseeküste, Birtensfeld im Saar-gebiet. Der gegenwärtige Landtag wurde am 17. Mai vorigen Jahres gewählt und ergab eine Zusammenlegung, die weder der Linken noch der Rechten eine Mehrheitsbildung gestattete. Von den 48 Abgeordneten sind 19 Nationalsozialisten, 2 Deutsche, 2 Volksparteier, 1 Landvolk, 9 Zentrum, 1 Staatspartei, 11 Sozialdemokraten und 3 Kommunisten. Die Regierung besteht aus dem unpolitischen Ministerpräsidenten Galleboom, dem Finanzminister Dr. Dörner (Zentrum) und dem bürgerlichen Innenminister Dr. Willers.

Unter der Regierung hat die Stadt Oldenburg heute ein Defizit von über einer Million. Barel und Nordenham sind mit den Gehäusen für die Beamten im Rückstand, und in den meisten anderen Gemeinden sieht es nicht viel besser aus. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Nürtingen hat in der letzten öffentlichen Stadtratssitzung einen dringenden Hilferuf an Landes- und Reichsregierung gerichtet und mit nachdenklichen Zahlen das Fazit der deutschen Elendspolitik gezogen. Es sei fälschlich festgestellt, daß sich die oldenburgische Regierung politischer Extravaganzen enthalten hat, immer aber war sie in Fragen der großen Politik ein getreuer Trabant. Da sie sich einem Antrage auf Auflösung der Notverordnungen widerlegte, wurde sie von der Opposition gestützt. Eine Neubildung der Regierung war aber nicht möglich, so blieb die alte. Die Nationalsozialisten führten ein erfolgreiches Volksbegehren auf Auflösung des Landtages durch, auch Deutsche, Nationalen und Stahlhelm schlossen sich dem an.

Sozialdemokratie und Zentrum haben von der Demokratie natürlich nicht die Auffassung, daß man dem Volkswillen Rechnung tragen müsse. Sie beschloßen, selbstverständlich frei von aller Rücksicht auf Diäten und Tagegelber, so lange als nur möglich auf ihren Sesseln auszuharren. Vor zwei Wochen haben sowohl die „Roten“ als die „Schwarzen“ Aufrufe an ihre Stämme erlassen, die Landtagskassen beim Volksentscheid unter sich zu lassen. Da beim oldenburgischen Volksentscheid die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen entscheidet, würden SPD und Zentrum den Erfolg ja auch kaum verhindern können. In der vergangenen Woche brachte ein Volksparteier noch einmal den Antrag aufs Tapet, der Landtag möge sich auflösen. Aber auch diesmal blieben die Systemparteien standhaft. Eine bemerkenswerte Illustration zur marxi-

stischen Parole: „Festhalten an der Macht mit Zähnen und Klauen“!

Wie sind nun die Aussichten für den Volksentscheid und für die voraussichtlich am 29. Mai folgende Neuwahl des Landtages? Am 13. März betrug die Stimmen für Hitler und Duesterberg zusammen im Freistaat Oldenburg 149.513, die für Hindenburg und Bahmann zusammen 160.983, am 10. April die für Hitler 141.721 und die für Hindenburg und Bahmann zusammen 163.788. Ein großer Teil der Deutschen und Stahlhelmer wird wohl am 10. April nicht für Hitler gestimmt haben. Ein anderer Teil wird für Hindenburg gestimmt haben. Reist man von dessen Stimmzahl noch die Wähler der bürgerlichen Mitte ab, so ergibt sich, daß einmal an dem Gelingen des Volksentscheides kaum zu zweifeln ist, und daß voraussichtlich auch für den neuen Landtag eine, wenn auch knappe Mehrheit aus Nationalsozialisten, Deutschen und evtl. Volkspartei sich ergeben wird.

Das würde ein Ansehen für das Oldenburgische Land bedeuten, einen Lichtblick für Millionen von Volksgenossen, in jeder Widerstandszelle gegen das herrschende System einen Vorboten des kommenden Dritten Reiches mit heißer Freude begrüßen.

Wilhelm Fuhrmann.

Dienstag 8.30 Uhr

Kleinhändler-Versammlung in dem Gr. Casinosaal

Redner: Dr. Marckert

Eintritt 20 Pfennig

Die Versammlung findet nicht im kleinen, sondern im großen Saal des Casinos statt.

Weitere Polizeiaktionen

Durchsuchung von Parteilokalen in Bremerhaven.

In Bremerhaven fanden Durchsuchungen der Parteilokale der NSDAP und der Wohnungen einiger Funktionäre statt. Irrelevantes Material, das der Verfolgung ununterliegt, wurde nicht gefunden. In Bremerhaven gibt es im übrigen kein SA bzw. SS-Heim, das nach der Verordnung des Reichspräsidenten zu schließen wäre.

Eugenberg-Erklärung zum SA-Verbot.

Berlin, 14. April. Der deutsche nationale Parteiführer Dr. Eugenberg erklärt folgende Erklärung zu dem Verbot der nationalsozialistischen SA:

„Die Auflösung der nationalsozialistischen SA ist die erste Regierungsaktion des neu gewählten Reichspräsidenten. Sie zeigt mit erschütternder Deutlichkeit, wie stark die Reichsregierung unter dem Druck der Sozialdemokratie steht, sie zeigt, wie strupplos der Marxismus, seine Rechnung für die Unterdrückung der Hindenburgwahl präsentiert. Manches spricht dafür, daß der Auflösung der SA die Auflösung des Stahlhelms folgen soll. Aber das Reichsbanner und die sogenannte Eisene Front — sie dürfen sich unter dem Schutze der Regierung mit ihren Bürgerkriegsformationen, mit ihren Terrorakten gegen die Rechte, mit ihren offenen Drohungen gegen eine legal zustandekommende Reichsregierung eindeutig als Staat im Staate gebärden.“

„Ein unerträgliches Militär-Regiment soll Freiheit und nationalen Geist unterdrücken. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Werft bei den Preußischen Wahlen das System über den Haufen, das solche Früchte zeitigt, schafft eine Mehrheit des Preussischen Landtages, die dieses System zu Boden schlägt.“

Sittlerjugend und Volkspartei für Groß-Berlin verboten.

Berlin, 14. April. Der Berliner Polizeipräsident hat im Zusammenhang mit dem Verbot der SA in Durchführung der Ausführungsbefehle den nationalsozialistischen Volkspartei und die Sittlerjugend für den Gesamtbezirk Berlin verboten.

Dr. Goebbels im Berliner Sportpalast Abrechnung mit Brüning

Berlin, 15. April. Die Nationalsozialisten veranstalteten am Freitagabend in dem wegen Überfüllung polizeilich gesperrten Berliner Sportpalast

eine Wahlversammlung. Es sprach zunächst der Reichstagsabgeordnete Wagner-Buchum, der sich eingehend mit dem Begriff des Prekariatums auseinandersetzte und diesen dem Marxismus entgegenstellte. Dann sprach Dr. Goebbels. Er bebaute zunächst, daß der Kanzler seinerzeit den Vorschlag, mit ihm eine öffentliche Aussprache zu veranstalten, abgelehnt habe. Er sei deshalb auf folgenden Gedanken gekommen:

„Wir haben die Rede des Herrn Reichskanzlers am vorigen Sonnabend in Königsberg auf Schallplatten aufgenommen, (hümisches Beifall) und legal und objektiv, wie wir sind, werden wir diese Rede jetzt zum Vortrag gelangen lassen (erneuter Beifall).“

Ich hoffe, daß die Polizei das nicht verbietet. Jetzt soll mich Herr Reichskanzler Dr. Brüning das Wort haben und dann werde ich mir gestatten, unsere Antwort darauf zu geben.“

Nach einer Pause von etwa zehn Minuten wies Dr. Goebbels die Versammlung eindringlich darauf hin, daß es ausdrücklich verboten sei, Rufe zu machen, zu lachen, zu johlen, da sonst die Gefahr bestehe, daß die Versammlung vorzeitig aufgelöst werde. Er hat, die Schallplattenübertragung der Königsberger Rede in Ruhe angehört. Die Versammlung nahm dann auch

die einstündige Rede des Kanzlers mit voller Ruhe entgegen.

Darauf nahm zu einer Erwiderung Dr. Goebbels das Wort. Wenn Dr. Brüning — so erklärte er — über die Form der Nation klagt, so hat das deutsche Volk diese Form allzu gut und allzu drähtlich an den Plafonds kennen gelernt. Wir haben auch unsere Gegner nicht als Feinde dargestellt.

Herr Dr. Brüning behauptet, seine zweijährige Amtszeit habe dem deutschen Staat seine innere und äußere Stabilität zurückge-

geben. Wie konnten wir bei dieser Stabilität im Juli des vorigen Jahres vor einem Bankrott stehen? Wie war es möglich, daß bei innerer Stabilität in einem Jahre viele SA-Leute ermordet wurden und

ein Spektakelstaat, wie Litauen Deutschland ins Gesicht spucken durfte?

Wenn sich der Kanzler über Uneinigkeit beklagt — nun, wir sind einig, nämlich unter Adolf Hitler. Das Schauspiel der Zerrissenheit in Deutschland ist gewiß bedauernd. Aber wenn der Kanzler das uns zum Vorwurf macht, so möge er überlegen, daß vor dem Kriege das Schauspiel der Zerrissenheit in einem solchen Staate von der Zentrumspartei angefangen worden ist. Die Sozialdemokratie hat noch vor zwei Jahren eine Broschüre herausgegeben, in der Landesverrat als Ehrenfache bezeichnet wird. Daß diese Leute Hindenburg wählen, daß war eine Verleumdung für Hindenburg.

Der Kanzler erklärt, er habe keine Notverordnungen vorbereitet. Das hat er nunmehr fünfmal gesagt. Es wäre besser gewesen, wenn er auch gesagt hätte, daß er die Gehälter nicht mehr kürzen würde. Dr. Goebbels wandte sich dann unter Zugunahme auf die Ausführungen des Kanzlers gegen die Einschränkung der Wahlfreiheit und erklärte, daß das Volk gewiß bereit sei, Opfer zu bringen, aber

diese Opfer müßten Bausteine für die deutsche Freiheit sein.

Ein weiterer Außenpolitiker hätte mit den 400.000 Millionen der SA anders operiert, auch wenn er nicht ihre Meinung geteilt hätte. Er hätte in Genf auf diese Leute verwiesen können, deren er vielleicht nicht mehr Herr werden würde, wenn man weiterhin mit Deutschland Schindluder treibe. Dörrpfehen ist nicht für Hindenburg in erhöhtem Maße eingetreten, weil die angebliche Gleichberechtigung dort unmittelbar an den Grenzen nachgeprüft werden konnte.

Wirtschaftliche Wochenübersicht

Vermehrte Stillelegungen und Entlassungen. A.-G. Weser und Vulkan gefährdet. - Katastrophaler Tiefstand der Produktion

Auch in der verflochtenen Woche hielt die große Stagnation in der deutschen Wirtschaft weiter an. Wenn auch hier und da kleine Anläufe für eine Belebung festzustellen waren, so kann doch von einem Einleichen der Frühjahrskonjunktur nicht entfernt die Rede sein.

Im Berggewerbe scheinen nun nicht einmal die 35 Wohnhäuser zur Errichtung zu kommen, für die Staatsmittel zur Verfügung gestellt sind. Man rechnet jetzt mit kaum 10 Bauten, die zur Durchführung kommen. Den übrigen Bauwirtschaften gelingt es nicht, das zeitliche Engpässe zu beheben. Auf dem privaten Baugewerbe dürfen etwa 20 Häuser zur Errichtung kommen. In der gleichen Zeit des Vorjahres war fast die zehnfache Zahl in Angriff genommen.

Ein Gesamtüberblick über die Lage der Metallindustrie

Die Bemühungen der A.-G. Weser, größere Aufträge zu bekommen, scheiterten bisher restlos. Auch eine Verhandlung beim Bremer Senat mit Vertretern des Norddeutschen Lloyd führte zu keinem Ergebnis, trotzdem die A.-G. Weser hinsichtlich der Finanzierung von größeren Serienumbauten sehr günstige Bedingungen bot. Die A.-G. Weser beschäftigt normalerweise 5000 Arbeiter, zurzeit des Neubaus der „Bremen“ sogar 7000. Gegenwärtig haben nur noch 400 Vollarbeiter und etwa 200 Lehrlinge und sonstige Arbeiter Beschäftigung. Aber wenn nicht bald eine Wendung kommt, müssen auch diese entlassen werden. Die Schwierigkeiten liegen, wie überall, bei der Finanzierung. Um eine einschneidende Sanierung mit entsprechendem Kapitalumschlag nicht heranzukommen. Die verantwortlichen Instanzen haben sich mit dieser Frage bereits befaßt, sind aber bisher noch über den Umfang des Kapitalbedarfs nach über die Bilanz für 1931 zu einem Entschluß gekommen. Es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als die

Erhaltung der Werft

an der doch auch der bremische Staat selbst sehr stark interessiert sein dürfte. Bei keiner Finanzlage nimmt es nicht Wunder, wenn es trotzdem heißt, daß staatliche Mittel unter

keinen Umständen zur Verfügung gestellt werden könnten. Mehrere ausländische Auftragsaufträge scheiterten daran, daß es nicht gelang, die restliche Finanzierung von 30 Prozent herbeizuschaffen, trotzdem sie das Reich bekanntlich für 70 Prozent der Beteiligungen übernommen hätte. Das zeigt am deutlichsten, wie stark die Einschränkung auf dem deutschen Kapitalmarkt geworden ist.

Weserwerk in Wesel und A.-G. Weser in Bremen in unmittelbarer Gefahr der völligen Stillelegung, das sind die typischen Kennzeichen der gegenwärtigen Lage unserer Werftindustrie.

Viel besser sieht es auch nicht bei den Maschinenbauern aus, die normalerweise 2000 Menschen beschäftigen und jetzt noch etwa 600 in ihren Betrieben haben.

Die übrige Metallindustrie liegt ebenfalls nach wie vor darnieder. Die Hanse-Werke beschäftigen statt 2000 Arbeiter nur 300. Die Friesenwerke statt 500 nur 30; Schellhag u. Deichmann (Eisenkonstruktion) statt 200 nur 30; Treter (Eisenkonstruktion) statt 80 nur 7-8; Rodt u. Vergho (Silber) statt 500 nur 200; Willens u. Sohn (Silber) statt 320 nur 180; Seufert'sche Silberwarenfabrik statt 290 nur 180; Jode-Werke (Zinn-gegen) statt 300 nur 120.

Es ist dabei zu beachten, daß bei den meisten der genannten Werke die restlichen Arbeiter nicht voll, sondern nur arbeiten.

Im Metallhandwerk ist der Rückgang vielleicht noch katastrophaler, so beschäftigt die einstmals große Goldschmiede v. Ameln statt 60 Gesellen und Lehrlinge lediglich nur noch 2-3 Leute. Die Bauteilfabrik Soma tag hat 28 Gesellen nur 3-4.

In den Zigarrenfabriken scheint es dieses Jahr zu keiner nennenswerten Beschäftigung zu kommen. Es fehlen vielmehr noch Millionen von Streichen zur Verfügung, die des Verkaufes harren.

In der Textilindustrie beschäftigt die Jute-fabrik Delmenhorst statt normal 1800 nun noch 400 Leute. Wie es heißt, sollen die Verhandlungen über eine etwaige Verkleinerung mit der Bremer Jutefabrik beabsichtigt. Eine solche Verkleinerung würde sehr leicht die Stillelegung des einen oder des anderen Werkes nach sich ziehen.

(Fortsetzung folgt am Montag.)

Geld in Massen — auch für Sie durch die Klassenlotterie

Über 114 Millionen RM Gesamtgewinn

ZIEHUNG DER 1. KLASSE AM 22. UND 23. APRIL 1932

39. PREUSSISCH-SÜDDEUTSCHE KLASSENLOTTERIE

Aus dem Arbeitsgericht Bezifferter seelischer Schaden

Den Schaden, den die Seele nimmt, können nur die wenigen Menschen auf eine Reichsmarkt-Stafa bringen, geschieht es aber, dann wird diese Schadensbilanz im stillen Kämmerlein gezogen, damit das nächste Mal die Seele besser vor Schaden behütet wird. Noch nie aber ist es vorgekommen, daß ein seelischer Schaden Gegenstand einer Klage vor dem Arbeitsgericht ist. Dieser Anspruch blieb dem Kaufmann St. vorbehalten, der das Reichsamt für Arbeitsvermittlung auf Zahlung von 10.000 RM. für erlittenen, seelischen Schaden verklagte. Dieser Seelenschaden entstand folgendermaßen: St. war zunächst Volontär, dann Zeitangestellter und zuletzt Angestellter beim Reichsamt. Er war sogar Leiter einer Zweigstelle, die er aber nicht gut verwalte. Nachdem eine Unterschlagung festgestellt wurde, wurde St. fristlos entlassen. Die fristlose Entlassung wird von St. bestritten, er sei von selbst gegangen. Daß man ihm vorher sagte: „Entweder Sie gehen oder wir machen Anzeige“, hat St. scheinbar vergessen. Er ist dann zum Reichsamt gegangen, die Karte wurde ausgefüllt, aber zurückgehalten, bis zur Einlieferung der Papiere. St. kam nicht wieder und erhielt so auch kein Zeugnis vom Reichsamt. Auf dieses fehlende Zeugnis schied er nun seine Klage ab. St. hatte das Zeugnis gehabt, dann hätten seine einflussreichen Bekannten ihm geholfen. So aber hätte er sich erst gar nicht bemüht; er sei in Not gekommen, hätte Straßlaten begangen, für die er ins Gefängnis gekommen sei. Durch all das sei ihm ein seelischer Schaden entstanden, den er mit 10.000 RM. beziffert, außerdem werden monatlich 170 RM. Gehalt seit der Entlassung eingeklagt. Da ihm das Haus verfallen sei, habe er seine Papiere nicht bringen und sich auch kein Zeugnis abholen können.

Das Hausverbot galt natürlich nur für den Angeklagten St., der Arbeitslose St. konnte seine Obliegenheiten dort selbstverständlich abwickeln.

In erster Instanz vor dem Arbeitsgericht wurde ein Vergleich geschlossen, der dann widerrufen wurde. Damals wollte St. zufrieden sein mit einem Zeugnis ohne Befreiung von Leistung und Führung, seinen Seelenschaden wollte er in tiefer Brust verbergen. Nunmehr wurde nochmals darüber verhandelt. Aber auch diesmal kam für St., der das Zeugnis erhalten soll, nichts heraus, als 372 RM. Kosten. Der Wert des Streitgegenstandes wurde auf 12.380 RM. festgesetzt, daher die hohen Kosten. Der Richter bezweifelte, daß der Kläger bei Ausstellung eines wahrheitsgemäßen Zeugnisses, mit der Beschrei-

gung der Unterschlagung, wirklich schneller Erfolg gefunden hätte.

Spielplan der Vereinigten Theater

„Entseftes Afrika.“ Ab Dienstag, den 19. d. gelangt im Metropol-Th. der größte und sensationellste aller bisher gezeigten Tierfangfilme unter dem Titel „Entseftes Afrika“ zur Vorführung. In die weiten Steppen und Urwälder des Inneren Rhodesiens und Portugiesisch-Ostafrikas führt dieser tönende Tierfangfilm, der während einer 14monatigen Expedition in das Innere des „Schwarzen Erdteils“ geschaffen worden ist. Ein Tierparadies, voll der romantischen Schönheit Zentral-Afrikas, erschließt sich dem entzückten Auge. Tiere der Wälder ziehen zur Kränze, den Kampf ums Dasein in der Steppe zeigt phantastisch und voller Grauen der Kampf zwischen einem Löwen und einer Hyäne, ein Steppenbrand gibt grandiose Bilder vom wilden entsefteten Naturgewalten, Tiere auf freier Wildbahn, afrikanisches Großwild, das nicht erlegt, sondern für zoologische Gärten lebend in Netzen gefangen wird, dazu kulturgeschichtlich Interessantes vom Leben der Stämme im Inneren, das alles zeigt in fesselnder Weise in Bild und Ton die sensationelle Reportage des unerhörten interessanten Films.

Aus der Umgegend Vegesacker Stadtparlament

Begegnung, 15. April. Von der nur zwei Punkte umfassenden Tagesordnung der Sitzung wurde die Vorlage betr. Ankauf eines Grundstücks nahe dem Bahnhof vom Magistrat vorläufig zurückgezogen. Der zweite Punkt der Tagesordnung „Bau eines Gaszerzeugungssofens“, wofür 70.000 RM. gefordert werden, wurde nach eingehender Aussprache vertagt, um noch weitere Sachverhältnisse gutachten einzufordern. Die künftige Aussprache brachte ein Dringlichkeitsantrag der bürgerlichen Liste mit sich, der die Vereinfachung von 3000 RM. Baukosten für die Aufstockung eines Hauses forderte. Der Antrag fand Annahme.

Osterholz-Scharnbed. Beschluß in dem Konturverfahren über den Nachlaß des Dachdeckermeisters Heinrich Zwingmann in Osterholz-Scharnbed. An Stelle des Rechtsanwalts Reichelt wird der Rechtsanwalt Held in Osterholz-Scharnbed zum Konturverwalter ernannt. — In dem Konturverfahren über das Vermögen der Norddeutschen Apparatebau-Gesellschaft m. b. H. i. Liquid. in Ovelgönne. An Stelle des Rechtsanwalts Reichelt wird

der Rechtsanwalt Dr. Carl Benede in Osterholz-Scharnbed zum Konturverwalter ernannt.

Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen Oberbürgermeister Bede.

Bremerhaven, 15. April. Der Generalstaatsanwalt beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg hat auf die Beschwerde des nationalsozialistischen Stadtverordneten Christian Brandau in Bremerhaven vom 1. April gegen den neuen Beschluß der Staatsanwaltschaft in Bremen vom 2. März in Sachen gegen Oberbürgermeister Bede hinsichtlich der Autofahrten nach Bad Wildungen und Steinbergen die Wiederaufnahme der Ermittlungen angeordnet. Im übrigen wurde die Beschwerde aus den zutreffenden Gründen des angefochtenen Beschlusses zurückgewiesen.

Werbe-Ausstellung des Hanseatischen Siedlungsvereins

Der Hanseatische Siedlungsverein für Bremen und Umgegend hatte unter Mitarbeit der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Architekten, Ortsgruppe Bremen, eine Ausstellung veranstaltet. Folgende Gesichtspunkte war der Leitgedanke dieses freien Wettbewerbs:

„Die Ausstellung sollte bezeugen, daß auch Eigenheime, Siedlungshäuser usw. mit beherrschenden Raumformen allen Wünschen und Bedürfnissen gerecht werden können. Auf besondere Preiswürdigkeit ist bei den Lösungen hingewirkt worden. Die Bauart mußte den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden. Die Häuser müssen handwerks- und materialgerecht errichtet werden. Spätere Reparaturen müssen soweit wie möglich ausgeschlossen werden. Die eingezeichnete Möbelleistung soll den Beweis erbringen, daß auch beherrschende Raumformen voll genügen können. Die gewonnenen, verschiedenen Arten der Lösungen sollen beweisen, daß ein Eigenheim, Siedlungshaus usw. durch erfahrene Architekten, für jeden Bauinteressenten besonders gestaltet werden kann. Andererseits wird bewiesen sein, daß auch für kleine und kleine Bauten der Architekt notwendig, ja unentbehrlich ist.“

Die Ausstellung soll Bauinteressenten anregen, auch mit beherrschenden Mitteln ein Eigenheim zu erstellen, damit der Baumarct belebt wird.

Wenn dies geschieht, hat die Ausstellung voll ihren Zweck erfüllt.“

Diese Forderungen sind von den Teilnehmern an diesem Wettbewerb bereits in hervorragender

Gemeindevorsteher Renten Bodhorn 70 Jahre alt

Bodhorn, 13. April. Am Mittwoch konnte Gemeindevorsteher Renten seinen 70. Geburtstag begehen. Seit 24 Jahren bekleidet er in der Gemeinde Bodhorn das Amt des Gemeindevorstehers und hat in allen Zeiten verstanden, die Gemeinde vor vielen Erschütterungen zu bewahren. Im Schulwesen und der öffentlichen Fürsorge zeigte er immer eine rechte glückliche Hand. Die Anschaffung der Wehren mit modernen Feuerlöschgeräten ist sein Verdienst. Außer seinem Wirken in der Gemeinde fand Renten auch noch Zeit, im Ortsvorstand des Amtes mitzuwirken und hier gestaltend eingzugreifen. Lange Jahre war er im Vorstand der Allgemeinen Landrentenklasse für das Amt Barel und nach dem Tode des Deconomierates Witten wählte ihn der Ausschuss zum Vorsitzenden.

Weise erfüllt worden, so daß das Preisrichterkollegium, das aus folgenden Herren besteht: Architekt Friedrich Hartenstein, Hannover; Architekt Karl Wienand, Hamburg (in Vertretung von Architekt Fritz Höger, Hamburg); Architekt Studienrat Bruno Trompeter, Bremen; Baumeister Adam Weder, Bremen; Architekt Adrian Albrecht, Bremen; Rechtsanwalt Dr. jur. Emil Kuhlmann, Bremen; eine ganze Reihe vor Vorsetzungen auszeichnen konnte.

Eingeliefert waren 31 Entwürfe. Die in zwei Gruppen geteilt wurden: Städtische und ländliche. In jeder Gruppe wurden folgende Preise verteilt: Städtische Siedlungen: 1. Preis, Kennziffer 66166, Architekt Wilhelm Cohrs, Bremen; 2. Preis, Kennziffer 24442, Architekt Wilhelm Cohrs, Bremen; 3. Preis, Kennziffer 59777, Architekt Franz Garbelmann, Bremen. Lobende Anerkennung: Kennziffer 33555, Architekt Ludwig Niemann, Bremen; Kennziffer 90801, Architekt Wilhelm Albers, Bremerhaven. Ländliche Siedlungen: 1. Preis wurde nicht verteilt; 2. Preis, Kennziffer 13333, Architekt Wilhelm Cohrs, Bremen; 3. Preis, Kennziffer 12345, Architekt Ludwig Niemann, Bremen. Lobende Anerkennung: Kennziffer 16416, Architekt Franz Garbelmann, Bremen; Kennziffer 55555, Architekt Dr. O. Otten, Nordenham. Von den außer Wettbewerb eingereichten Arbeiten sind besonders hervorzuheben: Kennziffer 29700, 17272, 31332; Architekt A. Albrecht, Bremen.

Die für jeden lehrreiche Ausstellung wird morgen, also Sonntag, im Museum am Bahnhof eröffnet. Der Besuch ist sehr zu empfehlen.



Raucher!

Der alte Fritz im bunten Rock-

das unergängliche Bild zaubert in uns Erinnerungen aus Deutschlands großer Vergangenheit hervor. Aus der Geschichte deutscher Uniformen bringen wir künstlerische Darstellungen und geben zugleich in unseren Sammelalben Erläuterungen zu den jeweiligen geschichtlichen Ereignissen. Außer den Aufzeichnungen enthalten unsere

Zigaretten-Päckchen zunächst eine Reihe von 240 Bildern aus dem Zeitalter Friedrichs des Großen. Sammelt sie, Ihr schafft Euch ein Werk von bleibendem Wert. — Unsere Marken



Sturmler Alarm-Sturm-Neue Front

3 1/2 • 4 • 5 • 6

sind aus edelsten orientalischen Tabaken hergestellt und befriedigen den verwöhnten Raucher, — unser stetig wachsender Umsatz beweist es.

STURM ZIGARETTEN G.M.B.H. DRESDEN 21



Privat-Mittagstisch
Gedeck 1.— Abonn. 80 Pfg.
und Gedeck 50 Pfennig
HUGO BRANDT, KOCH
Faulenstraße 19

Kolonialwaren
Eier — Butter
Pg. Alb. Schröder
Ostertorsteinweg 19

Schlachtere! Schnellimb!l!
sämtliche Fleisch- u. Würstwaren
Mittagsessen 30, 60 und 80 Pfg.
Belegte Brote 10, 15 u. 20 Pfg.
Landwirtschaftliche Selbsthilfe
Georgstraße, Ecke Bornstr. 66-68

Inseriert in der B N Z

5000 Meter Läufer
nur beste Qualitäten
niemals billiger
Walther Faesch
Ansgarstr., neben dem Gewerbehaus

8 Pfg.-Brasil
Besser und billiger als im
Warenhaus. Heim. Mäler sen.
Hardenstraße 22. Zigarrenfabrik

Kohlen
Rudolf Arndt
Palmenstraße 15 — Tel. Weser 83650

MOEBEL
komplette Einrichtungen, sowie
Einzelmöbel besonders bill. Preise
Bernh. Schmidt
Altenweg 4, Fernr. Roland 4499

Saheräder
Nähmaschinen, Reparatur.
D. W. Grunitz
U. d. Steintor 36

Canar. Bananen
Pfd. 30 Pfg.
Siebert, urhonne
D. 27415 frei Haus
Ostertorstr. 5 (Nahe Sietwall)

**Bronchial-
Pektoral- und
Eucalyptus-
Menthol-
Bonbons 50 Pfg.**
Samereien, Blumen-
ding., Hornspäne 1/2
Kilita-Drogerie

Warburgstr. 1
am Spielplatz

Vereinsabzeichen

Brenno Mude
Siedlungsverein
Bremen
Vereinsabzeichen
Vereinsabzeichen
Vereinsabzeichen

Zu vermieten
Nahe Bahnhof
möbl. Zimmer
Bad, Tel., Heizg.
Hoppenbank 3
ab Rembertikirche

Gemütlich möbliert,
ruhiges Zimmer
sonnige Lage, Bahn-
hofsnahe, vorderes
Parkviertel z. 1. Mai
Kaiser-Friedrichstr. 11a

Vereinsabzeichen

Vereinsabzeichen

Vereinsabzeichen

Vereinsabzeichen

Vereinsabzeichen

Vereinsabzeichen

Vereinsabzeichen

Vereinsabzeichen

Einkäufer
für
Kartoffel
auf dem Lande ges.
Ang. u. K. 340 b. v.

Darlehn
sol. gegen Sicherheit
streng reell, 4-7 Uhr
Prangenstraße 82

Moderne

**Beleuchtungs-
körper, Elektro-
geräte etc. etc.**

Bredstraße 14 - Kein Laden

Roland 4073

**Eil-
Transporte**
billig mit 1/2, to
Anfragen

Roland 4073

Bredstraße 14 - Kein Laden

Roland 4073

Bredstraße 14 - Kein Laden

Roland 4073

Bredstraße 14 - Kein Laden

Roland 4073



Grönelinger Heerstr. 190-192 - V.d. Steintor. 176-180 - Wolfmershauserstr. 352

Für Herren empfehle ich alle Anstattungsartikel, wie
Oberhemden, Krawatten, Unterwäsche usw. in großer Auswahl, niedr. Preise
GERH. v. HAGEL. am Findorffttunnel

Und die „Eiserne Front“, Herr Reichspräsident?

Beweise und Selbstzeugnisse roter Umstürzler für die Bürgerkriegsvorbereitungen des Reichsbanners und der „Eisernen Front“
Ausreichender Anlaß zum Eingreifen gegeben!

Der „Tag“ schreibt:

Seit Monaten sind die Bürgerkriegsvorbereitungen der roten „Eisernen Front“, die militärische Organisation des Reichsbanners, der Öffentlichkeit bekannt.

Der Reichsregierung nicht?

Es sind genügend Hinweise, Warnungen, Beweise für die illegalen Absichten der „Eisernen Front“ und des Reichsbanners für den Fall einer legalen Rechtsregierung veröffentlicht worden. Dabei handelte es sich nur um gelegentliche Unvorsichtigkeiten, die ganze Wahrheit blieb unter bestem Schutz der Öffentlichkeit verborgen.

Auch der Reichsregierung?

Wir geben nachstehend wiederum einige unabweisbare Zeichen für die staatsfeindliche Art und die absolut gefährliche Vorbereitung der Schupos und der „Eisernen Front“.

Gerechtigkeit und die vom Reichspräsidenten am 11. April erneut verkündete Unparteilichkeit gebieten, daß den Dingen nachgegangen wird, daß mit der gleichen Rücksichtslosigkeit hinter die roten Schupovorbereitungen ge-griffen wird.

Wir legen der heutigen Zusammenstellung zur besten Über-sicht und zur Orientierung der Behörden die amtliche Begründung der Reichsregierung zu dem Verbot der nationalsozialistischen SA- und SS-Organisationen zugrunde. Wir werden nachweisen, daß die Begründung wortwörtlich für das unbedingt notwendige Verbot der roten Bürgerkriegsorganisationen angewendet werden kann, ja, zwingend angewandt werden muß, da allein diese Truppen in wirklich gefährlichem Sinne — weil Klassenkämpferisch, international, pazifistisch, völkerverfeindend in Charakter und Ziel — eine tödliche Bedrohung für Staat und Gesellschaft sind.

Wir verlangen, daß diese Seiten die Beachtung finden, die sie in einem Rechtsstaat verdienen. Wir fordern, daß sie dem Reichspräsidenten vorgelegt werden!

Grundsätze des staatlichen Lebens

Die Verbotsbegründung der Reichsregierung vom 13. April 1932 gegen die SA und SS. beginnt mit folgenden Sätzen:

„Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.“

Und die Eiserne Front?

Der Führer des Berlin-Brandenburger Reichsbanners, Stellung, jetzt führender Mann der Eisernen Front, am 11. April 1930 in einer Reichsbanner-Rundgebung Berlin-Tempelhof:

„Er kündigte an, er und seine Genossen würden, wenn es sein müsse, auch mit anderen Mitteln kämpfen, als nur (!) mit legalen. „Wir betonen uns in dieser Stunde voll und ganz zu den Ausführungen unseres Führers Wels, die er auf dem Magdeburger Parteitag gemacht hat, daß, wenn einmal in Deutschland die Diktatur ausgesetzt werden muß, sie nur von der SPD. ausgesetzt werden dürfe.“

Wagt jeder lassen, bis nicht der sozialistische Staat errichtet ist.

Am 1. Mai 1930 erklärt Stellung vor dem Berliner Reichsbanner im Friedrichshain:

„Wir brechen Los für Los ein in das Gefüge des Staates und werden den Kampf nicht eher aufgeben, bis nicht die Rote Fahne des Proletariats siegreich über dem kassierten sozialistischen Staat schwebt.“

Der „Eiserne Front“-Führer Crispian Hundt vor dem Berliner Reichsbanner am 19. Dezember 1930 an:

„Eine zweite Revolution muß und wird kommen, die aber anders verlaufen wird, wie die vom 9. November 1918: denn wir haben auch auf dem Gebiete der Revolution gelernt, und wir sind bereit, diese Lehren zu beherzigen.“

Bei einem zweiten 1914 werden die sozialdemokratischen Arbeiter jedenfalls nicht wieder mitmarschieren, sondern mit der Revolution antworten.“

Das Reichsbanner marschierte von dieser Rundgebung unter dem Gejang ab: Bald wehen Freiheitsfahnen auf den Barrikaden. Der „Eiserne Front“-Führer Engelbert Graf, (M. d. R.) schreibt am 9. November 1929 im Leipziger SPD-Organ wörtlich:

„Die Revolution von 1918 ist nicht abgeschlossen, sie lebt. Der Kampf geht weiter, der Klassenkampf kennt keinen Frieden! Rebellion!“

Ja! Dreimal heilig die Rebellion — da, wo sie am Platze ist, und dann segnen wir es, wenn ein empörtes verhungertes Volk die Paläste der Reichen plündert. ... in einer konstitutiven Phase der Revolution befinden wir uns heute“ ...

„Da heißt es; jeden Augenblick des Feindes gewärtig zu sein, jeden Augenblick statt des Hammers und des Spatens wieder zum Gewehr zu greifen ... es geht um den Sieg des Proletariats!“

Am selben Tag erklärte der damalige Reichs-verfassungs-Minister

Severing in einer Revolutions-Rundgebung

der SPD. und des Reichsbanners in Leipzig (lt. Bericht des Leipziger SPD-Organ):

„Nicht an einem Tage im Jahre Revolution feiern, nicht an einem Tage im Jahre sich an den großen Ideen der Revolution begeistern, sondern an allen Tagen im Jahre die Voraussetzungen für den sozialistischen Aufstieg schaffen, das muß unsere Aufgabe sein.“

In welcher Art der „Eiserne Front“-Führer

Engelbert Graf die Voraussetzungen zum Sturz der bestehenden Staatsordnung zu schaffen beabsichtigt, ist in der Broschüre „Sozialdemokratie und Wehrproblem“ zu finden: S. 28:

„Es wird Aufgabe des Proletariats sein, die Waffen der herrschenden Klasse, soweit es möglich ist, zu erobern, um sie für sich nutzbar zu machen. Erweist sich das als undurchführbar, dann müssen wir diese Waffen zu zerstören, unbrauchbar zu machen trachten. Und darüber hinaus müssen wir uns eigene Arsenale vorbereiten, aufbauen und ausstatten. Das gilt für alle Machtmittel; das gilt auch für die „ultima ratio“, die Wehrmacht.“

Am Verfassungstag 1931 hielt die sozialistische Arbeiterjugend (sieht zur „Eisernen Front“ gehörig) auf dem Berliner Gendarmenmarkt eine rote Verfassungsfeier ab, in der der Hauptredner aufforderte

„alle Kraft daransetzen, der bestehenden Staatsordnung den Todesstoß zu versetzen“. Die Verfassungsfeier schloß mit einem Hoch auf den Sturz des bestehenden Staates.

Am 2. April 1931 gaben die roten Rebellen der Sozialdemokratie in öffentlicher Rundgebung in der Neuen Welt, Berlin, die Hochverratsparole aus:

„Vorwärts an die Geschütze, an die Gewehre, die rote Fahne voran, wir alle wollen Rebellen sein! Rote Rebellen flüchtet zu Hauf! Vorwärts, an die Geschütze, an die Gewehre!“

Vorstehend nur einige wenige Auszüge. Weiteres Material steht zur Verfügung!

Das „Privatheer“

Die amtliche Verbotsbegründung der Reichsregierung gegen die SA und SS. führt dann fort:

„Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äußeren Dingen wie in den Kleinigkeiten den militärischen Organisationen nachgebildet. Sie stellen ein Privatheer dar, ein Privatheer, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingt Befehlsgebundenheit zum Teil mit mannschaftsmäßiger Unterbringung in Abteilungsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und aufgetreten sind.“

Auch ohne schwere Waffen können solche Truppen jederzeit Gewaltanwendung durchführen und Telle der Bevölkerung unter den Druck eines Zwangs stellen.“

Und die „Eiserne Front“?

Weber eine Arbeitstagung des ostpreussischen Reichsbanners berichtet die Reichsbanner-Bundeszeitung:

„Das Gepräge, das der Rufus trug, war ein durch und durch diszipliniertes militärisches. Kamerad Oberwachmeister Lange machte die Reichsbanner-Mitglieder bei dieser Gelegenheit mit schupopolizei-technischen Aufgaben vertraut.“

An anderer Stelle der Reichsbanner-Bundeszeitung berichtete die Berliner Ortsgruppe des Reichsbanners Reinholdsdorf über eine Nachtübung, in der es u. a. heißt:

„Ein Lichtsignal gibt das Zeichen zum Beginn. Eifrig schleichen die Verbindungsmänner hin und her und nennen stolz bei Anruf durch die wachsamten Posten ihre

Parole: Severing!

Angestrengt späher und lauschen wir in die Nacht; jeder Nerv ist angespannt ...“

An anderer Stelle des gleichen Organs wird über eine „Jugend- und Juwelienübungsübung der Nachrichtenabteilung“ des Reichsbanners berichtet.

Die „Eiserne Front“-Jugend, die SAJ, abt inzwischen (laut Bericht ihrer Funktionärin „Der Führer“) „Ertüchtung der Funktionen“, wobei ausdrücklich vermerkt wird, daß all diesen Übungen „Gedankengänge zur Hebung der Schlagkraft der Massen zugrunde gelegt werden sollen“.

Es ist auch noch nicht vergessen, daß die heutige „Eiserne Front“ sich früher in der „disziplinierten Reichsbannerzeitung“ mit der Frage befaßte, wie die Reichswehr im

Ernstfall mattengeht oder in Schach gehalten werden könne.

Man stellte damals fest, daß „der Punkt sehr beachtenswert sei, daß die Reichswehr in vielen kleinen Orten garnisoniert sei und daher leicht in Schach gehalten und mattengeht werden könne mit Hilfe des Reichsbanners, der Schupospolizei, Generalstabs u. a. m.“

Jene bedeutsame Gantonferenz des Reichsbanners in Magdeburg ist auch noch in Erinnerung, auf der (laut Bericht) beschlossen wurde, „die Aufstellung besonders straff disziplinierter Trupps, die in kurzer Zeit zur Verwendung bereitstehen haben“. Zum militärischen Leiter dieser Trupps wurde der Polizeihauptmann Seidensticker ernannt, der forderte, daß das Reichsbanner noch weit mehr als bisher polizeitechnisch geschult werden müsse.

Der Pressechef des Berliner Polizeipräsidenten, Reichsbannerführer Haubach, be-tätigt sich an dieser systematischen Ausbildung des Reichsbanners auf das Alltägliche. Beweis: Folgender Befehl:

„Du trittst am Sonntag, dem 8. Februar 1931, um 6.30 Uhr pünktlich Straßburger Platz an. — Alles Marschgeschwind (Zornitzer — Frobenius). Fahrgeld 0.50 Reichsmark. Essen für 1 Tag. Technische Übung (!) in Briefelang unter Leitung des Kam. Dr. Haubach, Polizei-Oberteilnehmer Reich und Matusse.“

Reichsbannerführer Haubach wird übrigens dem Herrn Reichsinnenminister auf Wunsch noch eine Fülle weiterer Tätigkeitsberichte über seine im Reichsbanner abgehaltenen Spezialkurse vorlegen können. Mit welch großem Erfolg die Ausbildung der roten Privatarmee vorgenommen worden ist, beweist u. a. folgender Befehl-Empfang der „Eisernen Front“ aus dem Magdeburger Bezirk:

„Befehl-Empfang, die Wachen sind bezogen. Die täglichen Funktionen der Reichsbanner in allen sozialistischen und republikanischen Organisationen jedes Ortes beider Kreise haben das Reichsbanner der sozialistischen Front zur Abwehr und zum Angriff fertiggestellt. Alle technischen Funktionen klappen. Das Nachrichtenwesen liegt fest in unserer Hand. Der entfernteste Ort kann garantiert in kürzester Zeit vom Kurierdienst erreicht werden ...“

Laut-Bericht des „Dortmunder Generalan-zigers“ erklärte der Reichsbannerführer Söring, daß die Ausbildung der Schupo-Organisationen des Reichsbanners

„unter der Leitung ehemaliger Offiziere, Schupospolizeioffiziere und anderer geeigneter Persönlichkeiten steht“.

Aus den zahllosen uns vorliegenden „Schieß-berichten“ des Reichsbanners entnehmen wir einen besonders charakteristischen, wo es über die gemeinsam mit der Schupo abge-haltenen Schießübungen u. a. wörtlich heißt:

„daß das Reichsbanner Hamburg von der Polizei Hamburg zu einem Mannschaf-tschießkampf eingeladen worden sei, der unseren Kameraden dieses gezeigt und gelehrt hat. Vorbildlich war die Ruhe der Polizeischießen in allen Schießarten. Während viele unserer Kameraden in zwei Minuten ihre Serie von fünf Schuß verfeierten, wurde auf der Gegenseite die zusehende Schußzeit von fünf Minuten genau ausge-macht.“

Eiguen wir uns in Zukunft diese Vorteile an, so werden auch wir das leisten können, was uns die Polizei gezeigt hat.“

Gleichzeitig veröffentlichte das Reichsbanner Bremen, Nordhannover, einen „Schieß-Bericht, der berichtet, daß die Kleintaliber-Bereinigung der Schupospolizei

„freundlicherweise ihre 18 Schuß-Bahnen umfassende Standanlage zur Verfügung gestellt habe, so daß die umfangreichen Mannschafstschüsse beim Gauschießen verhältnismäßig schnell durchgeführt werden konnten.“ ... „In einer Kampfpause überbrachte Kamerad Polizeioberst Friedrichs den Gruß des Bundesvorstandes. Die Mannschaften hatten 10 Schuß Schnellfeuer in 2 Serien zu 5 Schuß in 50 Sekunden zu schießen.“

Im sozialdemokratischen „Freien Wort“ Nr. 47/30 ist unter der Überschrift:

„Waffen — Polizei — Reichsbanner Gebt uns Waffen!“ wörtlich zu lesen:

„Es ist höchste Alarmbereitschaft notwendig! ... Wir müssen rufen! ... Rote Arbeiterfahnen werden den Kampf nicht entscheiden.“

„Die Polizei Preußens muß von innen heraus unser werden, sein und werden. Alle anderen Waffen sind keine!“ Der Artikel schließt: „Darum von Zeit zu Zeit Waffen-Appell!“

Vorstehend nur einige wenige Auszüge. Weiteres Material steht zur Verfügung!

Die Sache des Staates

Die amtliche Verbotsbegründung der Reichsregierung gegen die SA und SS. führt fort:

„Schon das Vorhandensein einer solchen Kampfsorganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürger-schaft, die im Schutze der Wehr ihrer Befähigung nachsteht. Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht die Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhige Bevölkerungs-freie können eine solche naturgemäß einseitig und parteilich aufgestellte Organi-sation nicht ertragen.“

Und die Eiserne Front?

Ist eine Organisation nicht eine Quelle allerfährlicher Beunruhigung und unerträglich, über deren Zweck einer der führenden Männer Reichsbannerführer Sellmann, wörtlich schreibt:

„Welche Organisation soll die proletarische Front verkörpern? Nach meiner Überzeugung das Reichsbanner.“ ... „Darum müssen wir den Nazis den Weg zur Macht

Der Herrenfriseur

Marktstraße 20 und Petristraße

H. Kobbenbrink

Arbeitslose gegen Ausweis halbe Preise!

„Das Reichsbanner sollte nach dem Willen der preussischen Staatsregierung bei Gefahr machtpolitischer Auseinandersetzungen sofort in den Körper der preussischen Schutzpolizei eingereicht oder als Hilfspolizei aufgeboten werden.“

Vorstehend nur einige wenige Auszüge.
Weiteres Material steht zur Verfügung!

Naturwissenschaftlicher Verein, Bremer Besichtigung des Vereins Deutscher Chemiker, Geographische Gesellschaft, der geographischen Reisen und Forschungen des Sinclairs, den spricht am Montag, den 18. April, 20 Uhr, im Vortragsaal im Haus Altstadt, der außerordentlich Professor der Geographie an der Universität Kiel, Dr. Wilh. Credner. Der Vortragende, der besonders die Kultur der Eingeborenen und die Wirtschaft der von ihm durchstreiften Länder behandeln wird, hat 1927—1929 im Auftrag der Volksgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft sechs große Reisen im Innern Hinterindiens ausgeführt, die besonders dem Studium der zahllosen Völker in den Malagebirgen dort und der Erforschung des Wirtschaftslebens des Königreichs Siam galten. Aus der Fülle des mitgebrachten photographischen Materials wird er eine große Zahl von Bildern vorführen, die einen inter-

Bremer Getreidebericht. 15. April. Weizen:
Manitoba 1 640 unverzollt, Barroso (50 kg)
5.40 unverzollt. Gerste: Ruffen 9.25 verzollt,
La Plata 9.15 verzollt, Donau 9.15 verzollt.
Hafer: Bomm. Weißhafer 56 kg 9.75. Reis:
La Plata 8.55 verzollt. Donau Gassog 8.10 ver-
zollt. Tendberg: Feistl

Samstag, 17. April. 7 Hamburger Hofen-
zeit. 8.30 Zeitangebe. 9 Nachschichtbesitz. 9.10
Vorgangsmajität. 9.25 Morgenfeier. 11 Das
Hagenbe-Zubildum 1932. 11.30 Bahn-Kantate
12.12 12.05 Zeitangebe. 12.10 Mittagstongert.
14 Mächtenfunde. 14.55 Hörörter aus der
Jugendherberge Lüneburg. 15.30 Norddeutsche
Theaterfurler. 17.30 Der Schwabenbrand. 18.30
Die feßliche Stunde. 19.30 Schule für Leibes-
übungen. 19.40 Sportbericht. 19.55 Wetterbericht.
20 Verdi—Succini. 22 Nachschichtbesitz. 22.10
Aktueller Dienst. 22.20 Tanzjung. 23.10 Tanz-
jung im Aloria.



Das kann freilich nur sein, wenn der Ton ganz stark auf das erste Wort gelegt wird: ER. Er hat alles wohl gemacht, nicht wir. Wir haben vieles übel gemacht. Manche

Laßt uns auch in der dunklen Gegenwart
des eigenen Lebens und unseres deutschen
Volksebens daran festhalten, daß Gottes gnä-
dige Allmächtigshand aus allem Durcheinander
und allem Kampf zwischen Licht und Finster-
nis, zwischen Wahrheit und Lüge eine Har-
monie herstellen will, und daß über kurz oder
lang die deutsche Sonne aufgehen und einen
deutschen Tag heraufzuführen wird, und daß

St. Petri-Dom: 8.30 Uhr: Pfalzgraf, Bedenf. f. d. Gemeindefeße, 10.15 Uhr: Schäfer, Abendmahl, Bedenf. f. d. Gemeindefeße, 11.30 Uhr: Kirchengemeinde Bedenbaum. Haus See. f. d. 10.15 Uhr: Bedenbaum, Bedenbaum f. d. Gemeindefeße, 10.15 Uhr: Taufen der. — II. 2. Frauen: 10.15 Uhr: Taufen der. — III. 2. Kirche: 11.45 Uhr: Kirchengemeinde. Maria Victor: 9.30 Uhr: Taufen der. — St. Mariä: 10.15 Uhr: Kirchengemeinde. Hoops-Gramke: 11.15 Uhr: Kirchengemeinde im Gemeindefeß. Bode: Donnerstag 15 Uhr: Taufen im Pfarrhaus Elffendorfer 30. — St. Stephan: 10 Uhr: Bgt. 11.15 Uhr: Kirchengemeinde Greiffenhagen. 11.30 Uhr: Kirchengemeinde in der Oberfchulaus am Döbere, Rosenbaum. — St. Stephan-Gemeindefeß, Sommerf. 26.28: 10 Uhr: Greiffenhagen. 11.15 Uhr: Kirchengemeinde Bgt. 12 Uhr: Taufen Bgt. Donnerstag 20.15 Uhr: Bielefeld Bgt.

Wilsbadi: 10 Uhr: Krst. 11 Uhr: Taufen der.
 11.30 Uhr: Kindergottesdienst Victor. 11.30 Uhr:
 Kindergottesdienst im Saal Gaudier. Krst. Donner-
 stags 20.30 Uhr: Wiebsteine im Saal Gaudier.
St. Immanuel: 10 Uhr: Rosenkranz.
 10.30 Uhr: Abendmahl. 10.15 Uhr:
 Taufen. 10.30 Uhr: Kindergottesdienst. — **St.**
Nemetsch-Gemeinde, Buchenkr. 10.15 Uhr:
 Schömburg. 10.15 Uhr: Bericht. 11.15 Uhr:
Michaelis: 10.15 Uhr: Bericht. 11.15 Uhr:
 Kindergottesdienst Gaudier. 12.30 Uhr: Tau-
 fen der. Dienstag 20 Uhr: Beisamm. Don-
 nerstag 14.30 Uhr: Taufen Deventersdorf 4 —
St. Michaels-Gemeinde, Sandkämpfer: 7:
 9 Uhr: Bericht. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst
 der. 12.30 Uhr: Taufen der. **Friedenkirche:**
 10 Uhr: Miegner. 11 Uhr: Taufen der. d. Kirche
 Miegner. 16 und 20 Uhr: Vorführungen des
 neuen Beisammens im Gemeindehaus. 11.15 Uhr:
 Kindergottesdienst i. d. Kirche Miegner. 11.15
 Uhr: Kindergottesdienst Miesdorf. 13 Urban.
 Donnerstag 20 Uhr: Pfingstabend im Ge-
 meindehaus Stoebeitz, Miegner, Urban. — **St.**
Pauli: 10 Uhr: Mollom, Abendmahl. 11.30 Uhr:
 Kindergottesdienst Bierig. 11.30 Uhr: Sonntag-
 schule Mollom. 11.50 Uhr: Taufen Mollom. —
Schöbent: 10 Uhr: Konfirmation Boche (Eintritt
 in die Kirche nur von der Siebelsseite aus). 11.30
 Uhr: Kindergottesdienst Bretschneider. 12.45
 Uhr: Taufen Boche. — **Rien:** 10 Uhr: Kramer

11.15 Uhr: Kindergottesdienst derf. 12.15 Uhr: Taufen der: Vieltstunde Kantzt. 34: Freitag 20 Uhr: für Frauen und junge Mädchen, Sonntagabend 20.30 Uhr: für Männer. — St. Jakob: 10 Uhr: Lange. 11 Uhr: Kindergottesdienst. 10 Uhr: Taufen i. d. Kirche. — Gräpelingen: 10 Uhr: Gossfen. 11.15 Uhr: Kindergottesdienst derf. — Cölebshausen: 10 Uhr: Schmidt. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst. — Hstedt: 10 Uhr: Rahm. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst derf. 12.30 Uhr: Taufen i. d. Kirche derf. Montag 20 Uhr: Veltstunde, Eintritt 30 Pf. Dienstag 20.15 Uhr: Veltstunde Kinderbewachungstanz. Donnerstag 12 Uhr: Taufen im Pfarrhaus nach vorheriger Anmeldung. — Walle: 10 Uhr: Jugenbesuchtag Klein. 11 Uhr: Kindergottesdienst. — Woltenshausen: Christusfest: 10.15 Uhr: Pfähl. 11.15 Uhr: Kindergottesdienst. — Nollingshausen: 10 Uhr: Mefer. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst. — Horn: 10 Uhr: Graebich. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst derf. — Grambe: 10 Uhr: Miff. St. Piep. 11 Uhr: Kindergottesdienst. — Dionsienhausen: 10.30 Uhr: Gremer. — Kranfenmission: 9.15 Uhr: Heyne. — Deutsche Semannsmiffion: 20 Uhr: Daermann. — Evangelische Auswanderermission: Aufstiedtsgottesdienst am Tage der Abgang der Ueberseebahnpfer um 19 Uhr im St. Michaelis-Gemeindehaus, Landshuterstr. 3, direkt hinter d. Landheim.

3. Landgebiet:
Kristen: 9.30 Uhr: Basile 10.30 Uhr: Kinder-
 Gottesdienst. — **Vorgel:** 10 Uhr: Hofmann.
 — **Abschgang:** 10 Uhr: Bessels. 11.15 Uhr:
 Kirchenges. derj. — **Dienerbund:** 10 Uhr:
 Reufse. 11.15 Uhr: Kirchengottesdienst u. Tau-
 fen. Mittwoch 20 Uhr: Jugendbündnis. —
Sehnsen: 10 Uhr: Schmodes. — **Wasserborg:**
 10 Uhr: Kandidat Schmalenbach. — **Altenheim:**
 Osterhof: 9 Uhr: Reufse.

**6. Besondere Organisationen der Brem. Evang.
 Kirche.**

Jugendbund für evsich. Christen u. B. Bremen 1.
 1. Georgstr. 19: Sonabend 16 Uhr: Kin-
 derbund. Sonntag 20 Uhr: Evangelisation.
 Mittwoch 20.30 Uhr: Bibelbesprechungstunde u.
 d. Diemabst. Freitag 20.30 Uhr: Chören.

**Landesfisch. Gemeinshaf u. B. in der Run-
 den 21: Sonntag 11.15 Uhr: Sonntagsschule. 20
 Uhr: Familienabend mit Lee. Mittwoch 17 Uhr:
 Kinderbund. Freitag 20.30 Uhr: Gebetsbund.**

Jugendbund für evsich. Christen Bremen 2.
 In der Runten 21: Sonntag 17.30 Uhr: Beis-
 zuden für tätige und freundschaftl. Mitglieder.
 Dienstag 19.30 Uhr: Fremdenkreis. Donners-
 tag 20.15 Uhr: Jugendbund.

Grüßingen: Aelentstift: Sonntag 18 Uhr
 Consecration. Dienstag 20 Uhr: Jugendbündnis.

Bremische Bürgerschaft

Volkspartei stimmt gegen Reichsbannerverbot

Gestern nachmittag um 4 Uhr eröffnete der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Dr. Bachhaus, die Sitzung nach Beilegung verschiedener Eingänge sprach P. Thiele als Fraktionsführer der NSDAP. zur Dringlichkeit seines gefassten Beschlusses von uns im Wortlaut gebrachten Antrag auf

Auflösung der Formationen des Reichsbanners.

Er betonte besonders dabei die Bremer Verhältnisse und verwies auf die Vorgänge am 9. November, bei denen den Mitgliedern des Reichsbanners ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Mit Recht führt er aus, daß es erwiesen sei, daß nicht die SS. oder SA. Störer der öffentlichen Ruhe und Ordnung sind, sondern die in der „Ehernen Front“ zusammengeflochtenen Elemente. Wenn man sich nun schon einmal in Regierungstreuen dazu entschlossen hätte, die Formationen der NSDAP. zu verbieten, so sei es nicht mehr als recht und billig, daß auch das Reichsbanner aufgelöst würde. Jeder Tag, der ein Fortbestehen dieser Truppe mit sich bringe, trüge die Möglichkeit zu neuen Morden und Gewalttaten in sich, deshalb bitte er den eingereichten Antrag als dringlich erkennen zu wollen und darüber zu beschließen.

Die sofort vorgenommene Abstimmung ergab die Ablehnung der Dringlichkeit, da lediglich die Kommunisten und Dr. Gebert von der Deutschen Volkspartei dafür stimmten.

An zweiter Stelle begründete der Kommunist Prohn die Dringlichkeit eines von ihm eingebrachten Antrages, der die Auflösung des Demonstrierens für den 1. Mai vorschlägt. Nachdem der Redner einen freundschaftlichen Appell an die rosa-roten Genossen losgelassen, schloß er mit der Bitte, die Dringlichkeit zu stimmen, während sich die anderen Parteien ablehnend betheiligten.

Der Präsident verlas daraufhin die Antworten des Senats auf verschiedene kleine Anfragen.

Strompreise für gewerbliche Abnehmer

Der Senat antwortet: Die Berechnung der Elektrizität erfolgt — ohne Rücksicht auf den Verwendungsgrad (Wohnstrom oder Kraftstrom) und ohne Rücksicht auf die Betriebsart (gewerbliche oder sonstige Zwecke) — einheitlich nach Wahl des Abnehmers zu den öffentlich bekanntgegebenen Tarifen, dem Einzeitarif A. oder einem der beiden Grundgebührentarife C. oder S. Unterschiedliche Strompreise, die sich im Endergebnis aus den beiden letzten Tarifen einstellen, beruhen im Einklang mit den Erzeugungskosten des Stromes auf der unterschiedlichen Entnahmeweise der einzelnen Stromabnehmer und zwar darauf, daß die vom Elektrizitätswerk angeforderte Leistung längere oder kürzere Zeit in Anspruch genommen wird.

Kraftstoffentwässerung

Der Senat antwortet: Gemäß einer Verfügung des Preisüberwachungskomitees Dr. Goebeler vom 10. Februar 1932 sind den Abnehmern umfassende Anordnungen im Kraftstoffentwässerung aufgelegt worden. Mit der Durchführung wurden die obersten Landesbehörden beauftragt. Die von den Abnehmern zu treffenden Maßnahmen beziehen sich auf einen Abbau der Kraftstoffe, die Einführung eines Umfichtbetriebs und nötigenfalls auf die Stilllegung von Betrieben. Ferner ist vom Reichsfinanzminister die Entzung der Kraftstoffsteuer für Kraftstoffbetriebe bis zu 50 v. H. vorgegeben. — Die Verlautbarung, daß

der Senat beabsichtigt, den selbständigen Kraftstoffentwässerern die Erwerbsdauer zu entziehen, die mit ihrer Kraftstoffentwässerung und Kraftstoffabgabe im Hinblick auf, ist als ein vernünftiger auf den Halteplätzen entfallendes Geschäft zu bewerten, das jeder Grundlage entbehrt.

Die Maßnahmen des Preisüberwachungskomitees haben den Zweck, eine Gesundung des Kraftstoffentwässerungsbetriebes herbeizuführen. Eine Einschränkung der Betriebe findet nicht statt. Durch den Umfichtbetrieb wird erreicht, daß das vorhandene Kraftstoffentwässerungsmaterial besser ausgenutzt wird, dadurch, daß jeweils nur die Hälfte der Kraftstoffentwässerung im Dienst ist. Die Steuerentwässerung tritt auch nur dann ein, wenn die Kraftstoffentwässerung nicht in vollem Umfang, sondern nur zur Hälfte ausgenutzt werden. Die von Reich wegen getroffene Anordnung des Umfichtbetriebes führt nicht zur Stilllegung, sondern zur besseren Ausnutzung des vorhandenen Kraftstoffentwässerungsmaterials. Die Kraftstoffentwässerung ist wie in anderen Großstädten, so auch in Bremen zahlenmäßig überzählig. Eine Verringerung der Konzeptionen wird angestrebt sein. Das kann dadurch erreicht werden, daß einseitige oder freiverbende Konzeptionen nicht wieder befehrt werden. Keinesfalls ist die in Aussicht stehende Neuordnung des Kraftstoffentwässerung als eine einschneidende Maßnahme zu Ungunsten des Kraftstoffentwässerungsbetriebes anzusehen.

Bevor jedoch in der Behandlung der Tagesordnung fortgeschritten werden konnte, verlangten die Kommunisten nach der Geschäftsordnung das Wort und forderten

Auflösung der Bürgerwehr.

Dem wurde nicht stattgegeben. Ein zweiter kommunistischer Antrag auf Entzug der Mietszinssteuer und gleichzeitiger Ermäßigung der Mieten wurde gegen Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. Ein anderer Antrag, der die Aufhebung des Radfahrweges Bremerhavenerstraße bis zum Steffensweg vorschlägt, wurde genehmigt.

Mit Punkt 5 und 6 der Tagesordnung waren die Kommunisten wieder bei ihrem Forderungenproblem, den

Moskettanlagen im Hafen,

angekommen. Sie mußten es sich aber gefallen lassen, daß die Bürgerwehr nach einer weitgehenden und tiefgehenden Begründung von Seiten der Antragsteller den Beschluß faßte, den kommunistischen Besatzungsantrag gegen die Stimmen unserer Fraktion abzulehnen.

In der Folge entspann sich eine eifrige Debatte über einen von dem Mitglied Parizot gestellten Antrag über die

Auflösung des Wohnungsamts.

Der Sozialdemokrat Göbe meinte sich gegen die Auflösung Dr. Parizots, daß es zweckmäßig sei, diese Verwaltungsbehörde einer anderen staatlichen Organisation anzuschließen, da die zu leistende Arbeit eine genaue Sachkenntnis und andererseits eine gute Ueberricht verlange. Die Kommunisten giffen hierauf in die Debatte ein und

machten Göbe den Vorwurf, daß er sich als Rechnungsführer dieses Ausschusses die Taschen gefüllt habe, sich also widerrechtliche Vorteile verschafft habe. Beispielsweise habe er sich für sein Haus eine Hypothek von 3000 RM., die nur für Minderbemittelte vorgesehen war, bewilligt.

Serr Göbe verfuhrte sich gegen diese Angriffe zu rechtfertigen, was ihm aber nicht gelang, da

die Tatsache als solche zu stimmen scheint. Von nationalsozialistischer Seite ergriff darauf P. Heider das Wort zur Sache. Er unterstrich ausdrücklich das Bestreben unserer Bewegung, den aufgelösten Verwaltungsrat zu befeitigen, erklärte aber, daß in diesem Falle von

einer Befestigung des Wohnungsamts abgesehen werden müsse,

da diese staatliche Einrichtung noch Aufgaben und neue Aufgaben zu erfüllen habe.

Die Auflösung des Bremischen Wohnungsamts wird daraufhin abgelehnt.

Der Jahresbericht über die staatliche Feuer- und Versicherung und die Aufhebung der Wirtschaftsabgabe wurde von der Bürgerwehr einstimmig beschlossen; ebenfalls die Aufhebung der Immunität des Zentrums-Abgeordneten Dr. Hertel, die auf Antrag der hiesigen Staatsanwaltschaft erfolgte.

Frau Eilbermann (Komm.) begründete in einer ebenso ungeschicklichen, wie tendenziösen Weise ihren Antrag, der sich mit der

Auflösung der Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen

befasste. Bei Aufstellung ihrer wilden Behauptungen über Zustände in der hiesigen städtischen Krankenanstalt, stieß sie auf heftigen Widerstand. Herr Karkmeyer, der wirtschaftliche Leiter, wies sämtliche Vorwürfe als völlig unrichtig und ungerechtfertigt zurück. Nachdem P. Heider noch kurz zu der Frage Stellung genommen hatte, wurde

die Überweisung dieser Angelegenheit an die Deputation für das Gesundheitswesen abgelehnt.

Der nächste, von dem Abgeordneten Hirsch (Komm.) vertretene Antrag, befasste sich mit der Frage der

Errichtung von Stempelstellen außerhalb Bremens

für solche Arbeitslose, die wohl in den Gemeinden wohnen, aber in Bremen gearbeitet haben und demgemäß auch hier Steuern zahlen müssen. P. Heider unterstrich durchaus die Berechtigung, derartige Einrichtungen zu schaffen, um den Unterhaltungsbedürfnissen der langen Weg zu erparieren, was aber auch sehr richtig darauf hin, daß die Bürgerwehr für diese Angelegenheit

nicht zuständig sei, sondern das Landesarbeitsamt „Niederachsen“ in Hannover. Er stellte deshalb seinerseits den Antrag:

Die Bürgerwehr beschließt den Senat zu ersuchen, er möge das Landesarbeitsamt bitten, hier Stempelstellen zu schaffen. Die Bürgerwehr stimmte dem zu.

Der nächste Punkt der Tagesordnung behandelte eine nationalsozialistische Forderung:

„Aufhebung des Versammlungsverbots.“

Das Wort nahm der Antragsteller, Parteigenosse Kayser.

Das angelich zum Zweck der Sicherung von Ruhe und Ordnung vom Senat erlassene Versammlungsverbot hat uns in Bremen nicht weniger als zwei Tote gekostet. Man hat in der „Freiheit der Republik“ dieses Mittel angewandt, um ausdrücklich uns Nationalsozialisten zu treffen. Denn unsere Versammlungen sind es, die überfüllt sind, so daß sich sämtliche in Bremen befindlichen Säle für unsere Zwecke als zu klein erwiesen haben. Wir sind also demgemäß gezwungen, zu Kundgebungen unter freiem Himmel Zuflucht zu nehmen. Wir verlangen sofortige Befestigung

dieses Ausschusses der Regierungskunst des heutigen Systems!

P. Kayser widerlegte den von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite gemachten Vorwurf, P. Kayser lag es in Braunschweig habe in ebenfalls das Verbot auf Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel für Reichsbanner und Kommunisten ausgesprochen. Dieser Antrag wurde von sämtlichen anderen Parteien bis auf Deutsche und Kommunisten

abgelehnt.

Die weitere Arbeit der Bürgerwehr wandte sich dann einem sehr interessanten Kapitel zu, dem

Doppelverdienstern der Beamten.

In der Begründung unseres Antrages wies P. Heider ausdrücklich darauf hin, daß die Befestigung des Doppelverdiensterns zwar

kein alleiniges Mittel

sei, die Arbeitslosigkeit aus dem Volk zu schaffen, aber es läme hier auf die moralische Seite der Angelegenheit an. Und die ist heute so, daß, wo Millionen deutscher Volksgenossen erwerbslos sind und von dem Betreffenden staatlicher Unterstützung leben müssen, es nicht angeht, daß die festbezahlten Beamten den Leuten noch jede Verdienstmöglichkeit nähmen.

Der Senat hat Unrecht, so führte P. Heider in seiner Rede fort, seinen Beamten Ansehen zu erlauben. Es muß daher gesagt werden, daß jeder sich selbst wieder ernähren kann und nicht, wie es heute ist, daß sechs Millionen auf Kosten der anderen leben müssen, das bedeutet, mit anderen Worten gesagt, daß wir in Deutschland täglich 48 Millionen Arbeitslosen verschwendung.

Schmidt (Soz.) hat

verfassungsmäßige (ausgerechnet) Bedenken gegen diesen Antrag. Frau Schupp-Wetzel (Staatspartei) geht besonders auf den zweiten Teil unserer Forderung ein, die Entfernung der Frau aus den Berufsberufen verlangt,

sofern das Einkommen des Mannes die familiäre Existenz gewährleistet.

Hr. Widenstein (DN.) ist ebenfalls mit diesem Vorschlag einverstanden, sie möchte jedoch lediglich infanter

eine Sicherung

für die aus dem Berufsleben scheidende Frau, sobald der Mann bei den heute herrschenden Zuständen

keines Einkommens verlustig geht.

Im weiteren Verlauf der Debatte kommt es zu verschiedenen Auseinandersetzungen über die Ursache der katastrophalen Notlage.

Als P. Heider im Schlußwort, erklärte, daß lediglich die jahrgangstetig betriebene Erhaltungspolitik Schuld am heutigen Elend sei, trägt die Idee wieder die üblichen Waghüllen auf, Adolf Hitler habe erklärt: Er wolle auch Reparationen zahlen. P. Heider nimmt noch einmal das Wort, um diesen unverschämten Verleumdungen entgegenzutreten.

„Wir werden alles tun um Versailles zu zerreißen! Aber wissen auch, daß das nur möglich ist, wenn das deutsche Volk den Willen dazu hat. Die Herren Sozialdemokraten reden vom verlorenen Krieg als Ursache unserer schlechten Wirtschaftslage. — Ich sage Ihnen: Es ist nicht nötig, wenn man einen Krieg verliert, daß man auch den Frieden zu verlieren braucht! Wir haben den Frieden verloren. Genügte schienen die „verfassungsmäßigen“ Bedenken vor, umsohin ihre Verfassung nur noch aus dem Paragraphen 48 besteht. Haben sie nicht im Senat entgegen den Entschlüssen der Bürgerwehr gehandelt?“

Der Antrag Heider wurde gemäß eines Antrages von Frau Schupp-Wetzel der „Deputation für innere Verwaltung“ übergeben.

Die Sitzung wurde um 8.30 Uhr geschlossen.

Was muss jeder von Haus Bergmann Klasse 4 wissen?

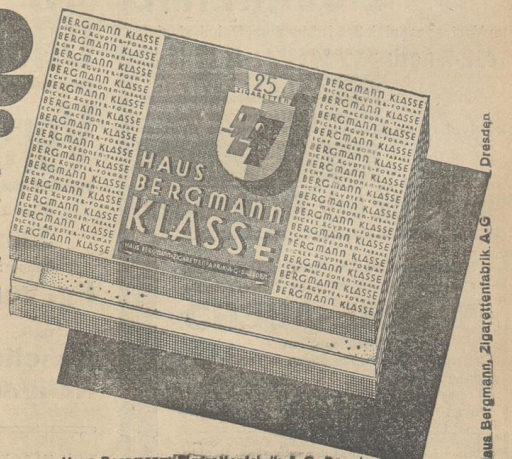
Haus Bergmann Klasse ist ein Meisterstück der deutschen Zigaretten-Industrie. In eingehender Arbeit haben die Tabak-Sachverständigen unseres Hauses eine für diesen Preis noch nie dagewesene Zigarette hochwertiger Qualität geschaffen, die alle Raucherkreise zufriedenstellen wird.

5 Stück nur 20 Pf. bedeutet für uns: Preisabbau und Qualitätsaufwertung!

Verlangen Sie noch heute in Ihrem Zigarrengeschäft

Haus Bergmann Klasse 4 DIE Zigarette für Dich und für mich

In jeder Packung Haus Bergmann Klasse liegen: Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier und Seidenstickereien nach Entwürfen von Prof. Poetter



Haus Bergmann, Zigarettenfabrik A.-G., Dresden.

Haus Bergmann, Zigarettenfabrik A.-G., Dresden.

Hitler-Kundgebung

anlässlich des Geburtstages des Führers der
Nationalsozialistischen Bewegung

am **Mittwoch, den 20. April 1932**
20.30 Uhr, gr. Casinoaal

1. Badonviller-Marsch Fürst
 2. Rebus-Marsch Redding
 3. Ansprache
 4. Germanentreue, Marsch Blankenburg
- Pause**
5. Ouvertüre „Wanditenstreiche“ Suppe
 6. Regitationen
 7. Fantasie aus „Trompeter von Säckingen“ ... Meßler
 8. Adler von Lilla, Marsch Blankenburg
 9. Horst-Wessel-Marsch und „Lied

Musik: Pg. Hans Götjen mit seinen Musikern

Eintritt: Km. 0.75 — Karten im Vorverkauf Km. 0.60 — Erwerbslose an
der Abendkasse Km. 0.20

Reinertrag zu Gunsten der erwerbslosen Parteigenossen

Deutscher- Abend

der NSDAP. Bremen-Hemelingen

Sonntag, 17. April, 20.30 Uhr
im **Alten Krug, Hemelingen**

Konzert — Regitationen
Das Konzert wird ausgeführt von
der Götjen-Militär-Kapelle.

Eintritt 30 Pfg.
Erwerbsl. 20 Pfg.

NSDAP. Bremen-Hemelingen

Winkelmann - Uhren

— genaue Zeit!

— Qualitätsware

Papenstr. 17, Domsh. 297 18

Hakenkreuz - Fahnen

SOX120 cm RM. 3.50

Preis, verl. Wiederv. Kaba

M. FLECK & SOHN

Hamburg 3 Gegr. 1882

Blumenhaus Stollenberg

In der Runken 17 Domsh. 208 05

Reklame Angebot

Farbig echt Chevreau-
Damen-Spangen 9⁵⁰

Marke: ADA - ADA

Schuhhaus Wachendorf

Ostertorsteinweg 49

Filiale: **Obernstraße 22-24**

Gibt die
B N Z
weiter!

Siegfried Walter



Schokoladen - Fabrikate

China - Tee - Import

Findorffstraße 24 — Weser 816 69

Belze

Fische, Würger, und Commer-

beläge in großer Auswahl

Belzhaus Lampe

El. Magnusstraße 64

**Kauft bei
unseren Inferenten!**

Deutsche Feuerbestattungskasse „flamma“

V.V.a.G. unter Reichsaufsicht / Gesch. Gebiet

Deutsches Reich, Danzig, Memelland und Saargebiet

Rechtsanspruch auf kostenlose Bestattungen

einschließlich sämtlicher hierzu erforderlichen Wege - Mängel

Monatsbeiträge. — Ohne jede Wartezeit, schon

nach 10 Jahren beitragsfrei versichert.

Geschäftsstelle: **Bremen, Am Brill 7, Fernruf: Roland 42 26**

Drucksachen, Auskunft und Vertreterbesuch kostenlos und unverbindlich!

Gaststätten-Verzeichnis

Besucht Bremens

führende Vergnügungstätten:

„Astoria“

Cabaret, Theater, Varieté

Schenswürdigkeit.

Nur Künstler u. Kapellen von Weltruf.

Abend- und Nacht-Programm

Jeden Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag

4 Uhr Tanz-Tee

mit großem Programm!

Atlantic

Tanzpalast

Das behagliche, stimmungsvolle Cabaret

Täglich 2 Künstler-Vorführungen

4-Uhr-Tee und 8.30 Uhr

Kein Weinzwang! Eintritt frei!

Bier-Bar, Alt-Wien, Rheinterrassen!

Atlantic-Kaffee

Bremens schönstes Konzertkaffee

Ab 4 Uhr große Künstlerkonzerte

Erstklassige Kapellen!

Europa-Cafe

Gastspiele

der prominentesten

Kapellen

Nachmittags ab 4 1/2 Uhr Konzert

Abends ab 8 1/2 Uhr Tanz

SONNTAGS

Nachmittags ab 4 Uhr Tanz-Tee

Abends ab 8 Uhr Konzert

Restaurant zum Pilsener

Seemannstraße 1, ab Domshof

Mittagessen im Abonn. 1.—

Große u. kleine Klubzimmer

Schönzollern

Bier, Wein und Speischaas

Inhaber H. Kolbus, Ostertorstr. 28-29

Mittagessen von 0.90 RM. bis 2.50 RM.

Abendessen von 1.— RM. bis 2.— RM.

Abds. erstkl. Konzerte, Sonntagmittag Tischkonzert

Rudolf Kaps-Betrieb

am Hauptbahnhof

Regina

das zeitgemäße Haus

Kabarett und Kaffeehaus

Grünzing

zum Heiligen,

der Wiener Stimmungsbetrieb

Tivoli

Spiel-Kaffee

CASANOVA, die vornehme Tanzbar

Wilke-Betriebe

Bremens

beliebteste Vergnügungstätten

„Café Arkadia“

und Saal- und

Bahnhofstrasse

Erstklassige Konzert- u. Tanzkapellen

„Groß-Bremen“

Tanz, Kabarett, Bar

Faulenstrasse

Betriebe tägl. bis 5 Uhr nachts geöffnet

Remberti-Hallen

Gesellschaftshaus - Kegelbahnen

Auf den Häfen 69

Nähe Casino - Fernsprecher: Domshof 275 85

„Magdeburger Hof“

An der Weide 46-48

Hotel und Restaurant

Hotel Bremer Haus

Philosophenweg 15

Vornehme Zimmer in ruhiger Lage

fl. Warm- u. Kalt-Wasser, Zentral-H.,

Bad, Mk. 3.50 inkl. Frühstück u. Bed.

Gut bürgerl. Restaurant, Billard, Clubz.

Besucht diese Lokale

Die gute Küche

Gedeck im Abonn. nur **85 Pfg.**

Suppe, Fleisch, Gemüse, Kar-

toffeln, Nachspeise und Kaffee

Kleine Allee 25-27

Seefisch-Gerichte

gebacken, gebraten und

gekocht in groß. Auswahl

zu mäßigen Preisen.

Fisch-Restaurant „Ostertor“

Ostertorstr. 37 (gegenüb. Polizeihaus)



A.D.A.C.-Filmvorführung

im

Europa-Palast

Sonntag, 17. April, 11 1/2 Uhr vorm.

Drei der spannendsten Sportfilme:

Freiburger Bergrekord

Großer Preis von Deutschland

A. D. A. C. - Film - Länder - Fahrt

zeigen die aufregenden sportlichen Wettkämpfe unserer

bedeutendsten Meister am Steuer und auf dem Motorrad.

Nervenspannende, atemberaubende Positionskämpfe

lassen ein so deutliches Miterleben erkennen, wie man

es bisher noch nicht kannte.

Helle Begeisterung löst die durch die schönsten Städte

und Landschaften des Kontinents führende Film-Länder-

Fahrt aus.

Nur einmalige Aufführung!

Niemand versäume diese Gelegenheit!

Kleine Preise von 75 Pfg. bis 2.50

Spieldauer ca. 2 Stunden

Allgemeiner Deutscher Automobil-Club

Gau VI a Weser-Ems

Karten - Vorverkauf durch die Gau-Geschäftsstelle

Bremen, Osterd. 28, Ruf: Hansa 491 00, und an

den Kassen des Europa-Palastes.

AUSSTELLUNG

von Entwürfen für

EIGENHEIME

Im Vortragssaal d. Städt. Museum, Bahnhofplatz

17.-24. April

Wochentags: 10 bis 18 Uhr

Sonntags: 10 bis 16 Uhr

DER EINTRITT IST FREI!

Wirtschaftliche Vereinigung

Deutscher Architekten Ortsgruppe Bremen

Besuchen Sie diese Veranstaltungen!

Sonntag, den 24. April, 20.30 Uhr

Centralhallen, Eingang Düsternstraße

WERBE-ABEND

bestehend aus

Konzert — Vorführungen — Tombola

Eintritt 60 Pfennig **N.S.D.A.P.**

Erwerbslose 20 Pfennig Werbe-Abteilung „West“

ab 21 Uhr Wahlergebnisse aus Preußen, Bayern, Hamburg

Anhalt.

Eintrittskarten im Vorverkauf RNZ, Papenstr. 17, Schöfer,

Pelzerstraße, Buchhandlung Rembertistraße u. Deutsche

Buchhandlung, Bahnhofstraße.

Dienstag, den 19. April, pünktl.

abends 8.30 Uhr, in der Union

Ekkehard-Spiele

Ganz neue Spielfolge

Oberleutnant Roßbach

leitet persönlich

Eintritt: Num. RM. 1.50 und 1.25

nicht num. 1.— Schüler und

Jugendbewegung RM. 0.50. Ar-

beitslose an der Abendkasse Er-

mäßigung. Vorverkauf bei

Praeger & Meier

Film-Vortrag

Donnerstag, 21. April 1932

Magdeburger Hof

„Gewinnung der Steintoble“

und „Gruben-Katastrophen“

Des Bergmanns Leben und Leiden im

Berggebiet

Veranstalter:

2 Bergleute (Pg.) in Snappenuniform

EINTRITT FREI

Hauswäsche

Herrenwäsche

wäscht und plättet

schonend u. tadel-

los, zu sehr nie-

drigen Preisen.

Abholen u. Bringen

kostenlos

Frau Kanis

Wäscherei, Plätterei

Alexandersstr. 16

Woltmershausen Öffentliche Versammlung

Montag, 18. April, 20.30 Uhr

Jenzens Ballhaus

Redner:

Pg. von Sichart

Thema:

**Arbeiterschaft und
Nationalsozialismus**

Eintritt 30 Pfg. — Erwerbslose 10 Pfg.